

Über den Konflikt in Katalonien und die Krise des Postfrancismus von Alexander Charlamenko (Moskau)

In den letzten anderthalb-zwei Monaten spitzte sich die innenpolitische Situation in Spanien immer schärfer zu. Bürgerliche Politiker und Massenmedien versuchen, die Lage auf den Konflikt zwischen der autonomen Regierung Kataloniens, die die Frage nach der Unabhängigkeit einem Referendum unterworfen hat, und den Zentralbehörden in Madrid zu reduzieren, die die Abstimmung für illegal erklärt hatten und zur Anwendung von Gewalt übergingen. Kaum jemand weiß, dass der heutige Konflikt – bei all seiner Heftigkeit – nur die Spitze des Eisberges darstellt. Sein verborgener Teil – das ist die Verflechtung alter gesellschaftlicher und Klassenwidersprüche, die auch dieses politische Erdbeben hervorbringen und Folgen haben, die weit über die Grenzen des Landes hinausgehen.

Katalonien ist die industriell am weitesten entwickelte Region Spaniens (bis zu 1/3 des BIP) und eines der ältesten Zentren der Entwicklung der Nationalkultur und des Klassenkampfes der Werktätigen. Schon im 15. Jh. errang sein Volk auf revolutionärem Wege die Abschaffung der Leibeigenschaft, was die entscheidende Rolle bei der Vereinigung Spaniens spielte – unter Beibehaltung der tradierten lokalen Sonderrechte („fueros“) für Katalanen und Basken. Die traditionelle Selbstverwaltung wurde im 18./19. Jh. unter der Bourbonenmonarchie zerschlagen, im Interesse der herrschenden Klassen der kastilischen Nation, die Konkurrenz und das Beispiel der Unbotmäßigkeit eines Volkes fürchteten. An allen sechs spanischen Revolutionen von 1808 – 1931 nahm Katalonien aktiven Anteil. 1909 erhob sich sein Volk gegen das monarchisch-klerikale Regime, und im national-revolutionären Krieg von 1936-1939 verteidigte es die Republik, die ihm erneut die Selbstverwaltung zuerkannt hatte. Viele Male in der Geschichte bestimmte das Ergebnis des Kampfes in Katalonien dessen Ausgang in ganz Spanien vorher; so war es auch im Februar 1939, als der Fall des roten Barcelona den Tod der Zweiten Republik vorentschied.

Nach der Niederlage der Republikaner folgten 36 Jahre Diktatur des Generals Francisco Franco, der sich auf die Unterstützung zunächst der „Achse“ der faschistischen Mächte stützte und sodann des amerikanischen NATO-Imperialismus. Der Caudillo (wie er analog zum deutschen „Führer“ genannt wurde), beraubte das multinationale Volk aller Rechte und schreckte auch vor einem Verbot der katalanischen und baskischen Sprache nicht zurück. Der Diktator hinterließ Spanien, nach seinen eigenen Worten „gut vernetzt“ und kümmerte sich um die Restauration der Bourbonenmonarchie nach seinem Abtritt.

1978 einigten sich die bürgerlichen Parteien mit den Führern der Sozialisten und „Eurokommunisten“ auf den bekannten Moncloa-Pakt und verbargen damit hinter dem Feigenblatt der monarchischen Verfassung ein Regime vom Typ der lateinamerikanischen „dictablanda“ – einer „weichen Diktatur“. Unter dem Druck des francistischen Oberkommandos der bewaffneten Streitkräfte wurde der Satz vom „einheitlichen und unteilbaren Spanien“ in die Verfassung aufgenommen, der jegliche Form einer nationalen Selbstbestimmung ausschloss. Den nationalen Regionen schlug man eine begrenzte territoriale Autonomie vor, wobei man das katalanische Volk auf drei Bezirke aufteilte – Katalonien selbst, Valencia und die Balearen.

Für vier Jahrzehnte teilten sich zwei Parteien die Macht, deren Bezeichnung weit von ihrem Wesen entfernt ist: die neofrancistische Volkspartei (Partido Popular, PP) und die rechtsreformistische Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (Partido Socialista Obrero Español, PSOE) als Juniorpartner traten die bürgerlichen Nationalisten Kataloniens und des Baskenlandes auf, die in ihren Regionen regierten. Die ungeteilte Herrschaft dieses Blockes war begleitet von Repressionen gegen Arbeiterorganisationen, fortdauerndem Blutvergießen im Baskenland und dem Versuch eines faschistischen Militärputsches 1981. Das alles hinderte niemanden an der Aufnahme des „demokratischen“ Spaniens in die NATO und die EU. Seit Francos Zeit verblieben die Militärbasen der USA im Lande, die als Garanten des Status Quo galten.

Im Interesse der EU und des transnationalen Kapitals insgesamt wurde dem Land die Vernichtung vieler Industriezweige und der Landwirtschaft aufgezwungen, was im europäischen Vergleich zu einer Rekordarbeitslosigkeit führte. Die Arbeiterbewegung wurde auf lange Zeit geschwächt. Dem Land wurde eine unbezahlbare Außenverschuldung aufgebürdet, die die Höhe des jährlichen Bruttoinlandsprodukts überschreitet. Alle Strukturen des Regimes – das Königshaus, die Armee und Polizei, die zentralen und regionalen „Macht-Parteien“, die reformistischen Gewerkschaften – haben sich in Korruptionsskandalen diskreditiert. Das Land wurde in entlegene NATO-Interventionen einbezogen und eine Zielscheibe für Terroristen.

Unter dem Einfluss des lateinamerikanischen „Linksrucks“ aktivierten sich seit 2011 jugendliche Protestaktionen. Die in diesem Zuge entstandene Bewegung PODEMOS („Wir können es“) näherte sich der linken Opposition an, was es ermöglichte, das politische Zweiparteienmonopol zu brechen und eine Reihe von lokalen Machtorganen zu erkämpfen, darunter in Barcelona und in anderen Städten Kataloniens. Erstmals seit Jahrzehnten belebte sich die republikanische Bewegung. Allerdings gelang es den Linken nicht die Macht zu erlangen. In ihrer Mehrheit scheute die Wählerschaft Veränderungen und suchte Erschütterungen lateinamerikanischer Art, den Konflikt mit der EU, Terrorismus und Bürgerkrieg zu vermeiden. Aus demselben Grund sah sich die baskische Guerilla gezwungen ihren bewaffneten Kampf einzustellen.

Die Regierung der Volkspartei unter der Leitung von M. Rajoy, die sich mit Hilfe der anderen rechten Parteien an der Macht halten konnte, leitete eine neue Welle neoliberaler Maßnahmen ein, die in erster Linie die katalanische Wirtschaft bedrohten. Die ebenso rechte Regierung der katalanischen Autonomie sah offenbar nur einen Ausweg – und lenkte die unvermeidliche Unzufriedenheit in nationalistische Bahnen.

Bis vor kurzem hatte im vergleichsweise wohlhabenden Katalonien, wo es wie in jeder Industrieregion eine multiethnische Bevölkerungszusammensetzung gibt, kaum jemand die Loslösung von Spanien gefordert. Selbst die Nationalisten hatten lediglich eine Erweiterung des Autonomiestatus erreicht und damit gerechnet, eben jene „Reformen“ durchzuführen, jedoch in ihrem eigenen Interesse. Am meisten interessierte sie die Möglichkeit über die Finanzströme von den Filialen der transnationalen Korporationen zu verfügen, die durch ihre neoliberale Politik nach Katalonien gelockt worden waren. Doch das konnte Madrid nicht zulassen, das seinerseits bei der EU und anderen Kreditgebern hoch verschuldet ist – die Schmälerung der katalanischen Einnahmen hätte für die Zentralregierung den Bankrott

bedeutet. Deshalb wurde Kataloniens Autonomiestatus 2006, obwohl er vom Regional- wie vom Zentralparlament (!) gebilligt worden war, durch Madrids Judikative blockiert.

Im Jahre 2015 verlor der rechte Ministerpräsident Kataloniens, Artur Mas, seine politischen Rechte, nachdem er des Separatismus angeklagt wurde. Das rief keinen aktiven Widerstand hervor, weil sich seine Regierung selbst mit ihren arbeiterfeindlichen Reformen, Polizeiwillkür und Korruption diskreditiert hatte.

Seit Anfang 2016 begann in Katalonien eine linkszentristische Koalition zu regieren. In ihr spielten die Republikaner und die Europäische Demokratische Partei Kataloniens die Hauptrolle. Der Vorsitzende der „Eurodemokraten“ Carles Puigdemont führte die Regierung an. Einige Mandate im autonomen Parlament, ohne die die Koalition nicht die Mehrheit erzielt hätte, hatte die linksradikale Partei „Kandidaten der Volkseinheit“ abgegeben, sie erhielt im Gegenzug die Möglichkeit, bei einer vergleichsweise kleinen Wählerschaft Einfluss zu nehmen auf politische Entscheidungen.

Diese Situation intensivierte die Bewegung für die Selbstbestimmung Kataloniens und zugleich für die Republik erheblich. Eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen und sozialer Bewegungen schaltete sich aktiv ein. Die einen, die die Hoffnung auf Zugeständnisse von Madrid aufgegeben hatten, erwiesen sich zunehmend bereit dazu, sich durch eine Staatsgrenze abzugrenzen und hofften darauf, Unterstützung dafür bei der EU zu bekommen (wie schon drei-vier Jahre zuvor der „Euromaidan“ in der Ukraine auf eine analoge Hilfestellung gesetzt hatte). Die anderen, aus den Reihen der Linksradiكالen, hofften ebenso verzweifelt, dass die Selbstbestimmung Kataloniens in ganz Spanien einen neuen gesellschaftlichen Aufbruch hervorrufen, die postfrancistische Stagnation beenden und damit den Rechtsruck in Europa und sogar Amerika aufhalten helfen würde.

Uns schien es schon damals und heute wissen wir es genau, dass diese Hoffnungen auf Sand gebaut waren. Weder die soziale Protestbewegung in Spanien, die in den letzten Jahren deutlich abgeebbt war, noch die Reformtendenzen innerhalb der Europäischen Union, die mit dem Brexit und anderen Herausforderungen konfrontiert wurden, erlaubten ernsthaft auf das Echo zu setzen, das man in Barcelona erwartet hatte. Aber dort konnte man offenbar nicht mehr den Rückwärtsgang einlegen, ohne seinen Einfluss in der Autonomie aufzugeben. Wenn Madrid das Referendum über die Selbstbestimmung in Katalonien so erlaubt hätte, wie es die britischen Konservativen 2014 beim Referendum in Schottland getan hatten, dann hätte wohl eine Bevölkerungsmehrheit des multiethnischen Kataloniens gegen die Abtrennung gestimmt. Doch Rajoy's Mannschaft verweigerte sich allen Kompromissen. Ihre durch Polizeigewalt gestützte Unversöhnlichkeit trieb auch viele derjenigen auf die Seite des Referendums, die für einen einheitlichen, allerdings demokratischen Staat einstanden. Nicht für die Abtrennung, sondern für das Recht des Volkes sein Schicksal zu bestimmen, traten zehntausende Menschen unter den republikanischen und autonomen Flaggen in Katalonien, Valencia, auf den Balearen, im Baskenland und in Madrid ein.

Im Grunde ist in Spanien ein Verfassungskonflikt entstanden. Dabei geht es nicht nur darum, dass die Zentralmacht selbst nichts dagegen hatte, die nationalistische Welle loszutreten – allerdings die einer Großmacht. Sie ist mit Händen und Füßen an den institutionell formierten Willen der Mehrheit der herrschenden Klasse gefesselt – der spanischen wie der internationalen.

Im Unterschied zu einer Reihe anderer Länder verbietet in Spanien die Verfassung von 1978 kategorisch, auch nur in irgendeiner Weise die „Einheit und Unteilbarkeit“ anzutasten. In diesem Lichte wird verständlicher, warum es die höchst erfahrene regierende Klasse

Britanniens, wo die Monarchen schon lange „herrschen, aber nicht regieren“, bevorzugt, ohne geschriebene Verfassung auszukommen – so gelingt es, ohne sich die Hände zu binden, weitaus bequemer aus einer schwierigen Situation zu finden.

In Spanien dagegen zieht die Ideologie der „einheitlichen und unteilbaren“ Herrschaft eine lange Vergangenheitsschlepe hinter sich her. Die Jahrhunderte der Reconquista festigten auf den Pyrenäen auf lange Zeit „militär-demokratische“ Traditionen des Aufbaus von staatlichen Institutionen „von unten“, auf der Grundlage von Vereinbarungen zwischen den Gemeinden. Die Hierarchie von „Republiken“ (noch im antiken Sinn der „res publica“ – der „gemeinsamen Sache“) lenkte zwar ein Monarch, doch musste dieser stets den Willen der unter seiner Macht stehenden Länder berücksichtigen, und zwar im mittelalterlichen Spanien nicht allein den Willen des Feudaladels, sondern auch den der Hidalgo-Ritter, der Stadtbürger und freien Bauern, die vertreten waren in der europaweit ältesten Ständevertretung. In diesem Kontext betrachteten sich die Basken, Galizier und Katalanen historisch zu Recht auf gleicher Stufe mit den Kastiliern als Begründer des spanischen Staates. Allerdings gründete das Herrscherhaus seit der Zeit, als dem Land 1714 gemäß dem Willen des französischen „Sonnenkönigs“ Ludwig XIV. der Absolutismus mit einem dynastischen Zweig der Bourbonen aufgezwungen worden war, seine zweifelhafte Legitimität auf gewaltsame Ersetzung der „republikanischen“ Selbstverwaltung durch bürokratischen Zentralismus. Später sollten die bürgerlichen Revolutionen den Begriff der „Republik“ mit der Negation der Institution der Monarchie selbst verknüpfen. Es ist nicht verwunderlich, dass die Unterdrückung beider spanischen Republiken (im modernen Sinne), die Errichtung der Franco-Diktatur und deren Restauration der Bourbonen-Monarchie ganz und gar auf der fast religiösen Auslegung des Dogmas von der „Unteilbarkeit“ beruht.

In diesem Lichte würde, wenn man den Katalanen das Referendum über die Selbstbestimmung, unabhängig von seinen Resultaten, durchgehen lassen würde, es dazu führen, dass die Verfassung von 1978 desavouiert, das multinationale Volk als Souverän anerkannt und die Institution der Monarchie ihrer Legitimität beraubt werden würde – kurzum: die gesamte baufällige Konstruktion des Postfranco-Regimes wäre zerstört. Unweigerlich würde die Frage nach der Republik aufgeworfen werden, die dem Bourgeois und Spießler bis heute als Synonym mal für „Kommunismus“, mal für „Anarchie“ oder auch Bürgerkrieg gilt, besser noch für alles zusammengenommen. Welche Ironie der Geschichte – als die katalanischen Führer in ihren vom Zentrum nicht anerkannten Bulletins die Frage nach einem unabhängigen Staat mit republikanischer Regierungsform stellten, passierte das, worüber einst Friedrich Engels schrieb: Die Logik der Konfrontation führte ein mehr als gemäßigt Regime zu Maßnahmen, die ihrem Wesen nach revolutionär sind.

Notwendigerweise muss man auch im Blick behalten, dass man weder in Brüssel noch in Washington ernsthafte Veränderungen in Spanien wünscht. Dort wird zwar sehr wohl verstanden, dass weder eine autonome oder gar souveräne Republik Katalonien, noch eine Föderative Republik Spanien heute von einer proletarischen Diktatur, und nicht einmal vom Zerfall der EU bedroht wären – wenn letztere selbst nicht diejenige ist, die sie verstößt. Doch haben die Zentren des transnationalen Kapitals nicht vor, irgendwelche Barrieren auf dem Weg der Demontage des „Sozialstaates“ zu dulden, der dem Kapitalismus durch die proletarischen Revolutionen des vergangenen Jahrhunderts aufgezwungen worden war. Autonomie, Unabhängigkeit, Republik – noch dazu durch Massendemonstrationen gestützt, durch Widerstand gegen Polizeigewalt und schließlich einen Generalstreik – was für ein

Beispiel wäre das für die Gewerkschaften des benachbarten Frankreichs, die gegen Macrons arbeiterfeindlichen Dekrete streiken, oder für die Bewohner seiner „Überseegebiete“, für Nordirland oder Puerto Rico, für Palästinenser oder Kurden, für wen auch immer!

Die Situation wird zielgerichtet in eine gefährliche Sackgasse getrieben. Wenn nun die Herrschenden den Ausnahmezustand verhängen sollten, würde er sich bestimmt nicht nur auf Spanien beschränken. Es gibt schon das Beispiel der Türkei, wo die außergewöhnlichen Maßnahmen nach dem Putschversuch im vergangenen Jahr in den Ländern der Europäischen Union einen schwer zu überwindenden Protest gegen die Aufnahme der Türkei auslösten. Nun ist Spanien schon lange in der EU, und zwar nicht als Beigespann, sondern als eines ihrer Schlüsselmitglieder. Das bedeutet, dass den EU-Partnern nur übrigbleibt, entweder die Madrider Rechten zu überzeugen und zu Kompromissbereitschaft zu überreden, um nicht den Ausnahmezustand zu provozieren - oder aber selbst diesen Weg zu beschreiten.

Der ersten Variante zugetan waren eine Zeit lang, so schien es, die PSOE und andere Sozialdemokraten. Doch wo waren sie, als noch nicht die Frage nach der Loslösung Kataloniens von Spanien erhoben worden war? Jetzt, vor dem Hintergrund der französischen Ereignisse und der Unruhen anderswo, würde die Anerkennung einer „eigenmächtigen“ Demokratie in der nationalen Frage und sogar Verhandlungen mit „Separatisten“ womöglich einen „Linksruck“ in ganz Europa beschwören. Ob das die Obrigkeiten von Frankreich und Deutschland zulassen können, wo die letzten Wahlen mit einem großen Misserfolg für die Sozialdemokratie und einem allgemeinen Rechtsruck endeten, ist eine rhetorische Frage. Hier nun beruft sich die EU auf „innere Angelegenheiten“ – erinnerte sie sich eigentlich einst an diese, als es um die Ukraine oder Griechenland ging? Und Trump, der Rajoy im Weißen Haus empfing, schwieg sich über Katalonien weitgehend aus, vergaß aber dafür nicht, gemeinsame Maßnahmen gegen Venezuela zu verabreden.

Es ist sehr bezeichnend, dass transnationale Banken, die früher gerne das Vorzugsregime Kataloniens nutzten, nicht einmal daran dachten, zu den Verhandlungen beizutragen – gleich nach dem Referendum begannen sie, ihre Filialen aus der „aufständischen“ Autonomie zu verlegen. Das ist wohl kaum ein Ergebnis, das auf den Druck der Madrider Zentralmacht zustande kam – das transnationale Kapital kann, wo nötig, sich ganze Staaten auf „weiche“ Art gefügig machen. Offensichtlich braucht es derzeit nirgendwo eine „übermäßige“ Demokratie, überall ist vielmehr eine rechte „Stabilität“ erwünscht.

Was die zweite Variante betrifft, so hat man auf offizieller Ebene bisher eine Art Time-out genommen. Indem es die katalanische Regierung entließ und sich die Autonomie direkt unterstellte, wendet Madrid sehr wählerisch Repressionen an. Am Hofe herrschen immerhin nicht mehr Francos Zeiten, sondern der „Rechtsstaat“ – in den Vordergrund rückt man, wie auch in anderen Ländern die Judikative. Die Anführer der Autonomiebestrebungen, die Madrid selbst zur Unabhängigkeitserklärung „streng nach dem Gesetz“ getrieben hatte, werden verhaftet und dem Gericht überstellt, aber ihren Parteien verbietet man nicht, an nicht turnusgemäßen Wahlen teilzunehmen. Man ist bestrebt, ihnen die Straße wegzunehmen – und zu Aktionen „zur Verteidigung des einheitlichen Spaniens“ in Barcelona transportiert man kostenlos Statisten aus dem ganzen Land heran.

Es sieht so aus, als ob die Ultrarechten davon am meisten profitieren würden, und zwar auf beiden Seiten der „Barrikaden“. Die Bewahrer der Caudillo-Traditionen, die früher vor allem auf die Volkspartei gesetzt hatten und sich nicht auf der Straße zeigten, erheben inzwischen

nicht nur auf Meetings die Hand zum Hitlergruß, sondern zetteln auch Schlägereien mit ihren Opponenten an.

Allerdings fanden auch die Führer der abgesetzten katalanischen Regierung, die in Brüssel Unterstützung suchten, diese nur bei den flämischen Nationalisten – einer rechtsradikalen Partei, die ihren Ursprung in der Kollaboration während der nationalsozialistischen Besetzung Belgiens hat.

Der katalanische Nationalismus, der in letzter Zeit häufig im Block mit einem Teil der Linken zu sehen war, gerät erneut ins Gravitationsfeld der Ultrarechten. Das alles vergrößert das Potential zu einem Rechtsruck, und zwar nicht nur der Wählerschaft, auf bedrohliche Weise. Kürzlich trat auf einem Meeting für die „Einheit Spaniens“ der peruanische Schriftsteller und Nobelpreisträger Mario Vargas Llosa auf, der schon seit längerem die Sache der Literatur mit der Rolle eines rechten Publizisten vertauscht hat und all die vergangenen Jahre zur äußeren Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kubas, Venezuelas und anderer lateinamerikanischer Länder aufruft. Eine der Losungen des Meetings - „Wir wollen keine Bolivarianische Republik Katalonistan“ - sollte wohl den katalanischen Separatismus mit dem bolivarianischen Venezuela und dem Gespenst des islamistischen Fundamentalismus gleich in einem Abwasch erledigen.

Und auch in diesem Übel liegt eine Ironie des Schicksals. In Spanien hat man nicht vergessen, dass 2004 auf dem Madrider Bahnhof ein heftiger Terroranschlag verübt wurde. Damals versuchte der Führer der Volkspartei, José Maria Aznar, die Schuld den Basken zuzuschreiben, obwohl man später Al-Qaida-Kämpfer als Täter anerkennen musste. Aznar musste ruhmlos abtreten, was den Sozialdemokraten den Weg zu ihrem Wahlsieg eröffnete. Nunmehr war der katalanischen Krise der Terroranschlag von Barcelona vorausgegangen, auf dem zentralen Prospekt mit der arabischen Bezeichnung La Rambla (ob die Plakate über „Katalonistan“ nicht darauf anspielten?) Doch diesmal rief der Terrorakt keine sichtbare politische Resonanz hervor – oder gab höchstens noch einen letzten Impuls beim Unabhängigkeitsreferendum.

Die sozialdemokratischen Führer erwähnten als Antwort auf den Aufruf zum Referendum nur die Verantwortung der Zentralregierung und persönlich des Premier Rajoy, sie riefen sogar zu seinem Rücktritt auf. Aber sobald sich die Ereignisse zur Verfassungskrise zugespitzt hatten, verschluckten sie nicht nur ihre Vorwürfe, sondern stimmten gemeinsam mit der Volkspartei für die faktische Annullierung der katalanischen Autonomie.

In all diesem Geschehen gibt es auch einen russischen Vektor. Über die ganzen letzten Jahre hinweg haben die Machthaber der Russischen Föderation, als sie sich mit dem Druck des Westens wegen der Krim und dem Donbass konfrontiert sahen, hartnäckig die ihnen von europäischen Linken hingehaltene Hand ausgeschlagen und lieber die Unterstützung bei rechten Nationalisten gesucht, sogar bei denen brauner Schattierung. Am Vorabend der letzten spanischen Wahlen, dem 22. (!) Juni 2016, empfing man im Kreml eben jenen unverwüstlichen Aznar, der, ähnlich wie Vargas Llosa, die kubanischen, venezolanischen u.a. Contras „kuriert“. Indem das offizielle Moskau einem derartigen Akteur die Hände schüttelte, der schon längst keinen Staatsposten mehr bekleidete, trug es objektiv zum Wahlsieg der Rechten und damit zur Schaffung der jetzigen Situation auf den Pyrenäen bei. Und selbst jetzt, ohne wenigstens eine Anstandspause einzulegen, beeilt man sich, es den westlichen Partnern gleich zu tun, die Unterstützung der Ganzheitlichkeit des spanischen Königreichs zu verkünden, um so der Dankbarkeit der „Freunde“ aus Madrid würdig zu sein.

Davor bewahrt nicht einmal der Umstand, dass die a priori vorgenommene Bestreitung der Legitimität des Referendums über die Selbstbestimmung, zu dem von einer autonomen Macht gegen das Verbot der Zentralmacht ausgerufen wurde, die internationale Rechtsbasis für die Rückgabe der Krim untergräbt, gar nicht zu sprechen von den Rechten der Donbass-Republiken. Und das alles spielt sich ab am Vorabend des 100. Jahrestages des Großen Oktobers, der zum ersten Mal überhaupt das Prinzip der Selbstbestimmung der Nationen ins internationale Recht eingebracht hatte. Es ist ganz offensichtlich, dass Antikommunismus und Antisowjetismus „verpflichten“!

Wie sollte in dieser Situation die Position des sozialistischen Internationalismus aussehen? Ich behaupte, dass wir weder auf der Seite der bürgerlichen National-Separatisten stehen können, die fähig sind, bei dem Versuch, sich selbst ein Spiegelei zu braten, die ganze Welt in Brand zu setzen, noch an der Seite faschistoider Chauvinisten, die versuchen, Bruchstücke eines Imperiums durch das Blut des unbewaffneten Volkes zusammenzuleimen. Unter sonst gleichen Bedingungen hat ein großer Staat stets objektive Vorteile gegenüber einem Kleinstaat, und kaum jemand möchte sich von ihm trennen, solange dessen Machthaber selbst das Zusammenleben der Völker in ihm nicht unerträglich machen. Aber worauf wir immer und unter beliebigen Umständen bestehen müssen, ist das Recht einer Nation auf Selbstbestimmung.

Dieses Recht setzt als Möglichkeit die Loslösung voraus, aber auch die Möglichkeit der Vereinigung – und zwar die eine wie die andere Möglichkeit auf konsequent demokratischer Basis, durch den Willen der Mehrheit der Nation und nicht anders. Unter Nation sollten im gegebenen Kontext alle Bürger verstanden werden, die auf dem gegebenen Territorium eine bestimmte Zeit lang leben (welche, muss jeweils konkret entschieden werden). So, wie das Kabinett Rajoy die Frage gestellt hat – bei einem Referendum sollten alle Untertanen des Königs zur Abstimmung gerufen werden – ist sie mit dem Recht auf Selbstbestimmung unvereinbar, nicht nur in dessen leninistisch-sowjetischen Interpretation, sondern auch im gegenwärtigen britischen Verständnis, und sie kann nur in eine blutige Sackgasse führen. Lächerlich sind auch die Ansprüche an die Repräsentativität des in Katalonien durchgeführten Referendums – was kann man wohl erwarten, wenn Sie selbst die Polizei anweisen, Wahlzettel zu konfiszieren und Wahllokale zu schließen? Und überhaupt ist eine Minderheitsregierung, die das Kabinett Rajoys darstellt, nicht im Recht, dem Land unumkehrbare Entscheidungen aufzuzwingen, sondern müsste sich in einem solchen Fall erneut dem Urteil der Wähler unterziehen.

Den Bürgern der „Titularnation“, die eine einheitliche Großmacht bewahren wollen, sagen wir: Wir verstehen eure nationalen Gefühle, solange sie nicht in Menschenhass umschlagen, wir achten eure gesetzlichen Rechte und werden sie verteidigen in beliebiger territorialer Aufteilung, aber eine andere Nation gegen ihren Willen „festzuhalten“, habt ihr kein Recht, und demokratisch mit ihr zu einer Vereinbarung gelangen, könnt ihr nur auf einem Wege – indem ihr eine solche Macht und Politik organisiert, von der sich niemand von euch loslösen will. Jemand scheint den Separatismus von außen zu stimulieren? Lasst uns herausfinden, was man außer Polizeimaßnahmen diesem entgegenstellen kann, andernfalls nimmt es ein schlimmes Ende.

In der Geschichte gibt es bereits einige Beispiele für eine freiwillige Vereinigung selbstbestimmter Nationen in einer demokratischen Föderation. Eine solche war die

Sowjetunion und einige zu ihrem Bestand gehörenden Föderationen. Dieser Art war auch die Zweite Spanische Republik. Heute sind es die Multinationale Republik Bolivien oder die sandinistische Nicaragua. Die diese Länder bewohnenden Nationen sind deshalb nicht in verschiedene Richtungen auseinandergedriftet, weil man aufgehört hatte, sie mit dem Polizeiknüppel in einen Stall zu treiben. Nicht ohne Komplikationen und Konflikte geht das ab – doch immerhin verhandeln sie, wie es sich am besten miteinander lebt. Sogar den rechtsbürgerlichen Separatismus beschneiden sie in gewissem Maße, ohne Gewalt zu missbrauchen und Interventionen Anlässe zu bieten. Es gibt also Fälle, die als Muster taugen.

Zu diesen unvergänglichen Prinzipien bleibt noch unsere historische Brüderlichkeit mit der Spanischen Republik hinzuzufügen. Wir sind für Jahrhunderte miteinander verbunden - durch das im gemeinsamen Krieg gegen den Faschismus auf der spanischen und der sowjetischen Erde von Internationalisten vergossene Blut. Für Spanien ist das Prinzip der Selbstbestimmung und freiwilligen Vereinigung ein Teil der republikanischen Tradition und daher aus unserer Sicht doppelt legitim. Dagegen wurde Spanien die Bourbonen-Monarchie in drei Jahrhunderten dreimal durch Interventionen aufgezwungen, die das Blut des Volkes in Strömen vergossen, und sie scheint zu Beginn des 21. Jh. den folgenden Maximen zu folgen: „Nach uns die Sintflut“ und „Nichts vergessen - nichts gelernt“. Diese ist für uns genauso wenig „legitim“ wie die Selbstherrschaft ihrer engsten Verwandten, der Romanows-Holstein-Gottorps.

Das Postfranco-Regime, das die erlesenen „Traditionen“ des spanischen Faschismus unterstreicht, darunter die der „Blauen Division“, die im Gefolge der Hitlertruppen Leningrad aushungerten, ist für uns nicht legitimer als die ukrainische Neo-Bandera-Bewegung. Weder der Buchstabe einer Verfassung, die dem Land in den Jahrzehnten des faschistischen Terrors aufgezwungen wurde, noch die Entscheidungen von Gerichten, die politische Repressionen abgesegnet haben und unfähig sind, die Korruption zu überwinden, sollten über das internationale Recht gestellt werden, das vom Sieg der Völker über den Faschismus gegründet wurde. Wie viele Beispiele vom benachbarten Portugal bis nach Lateinamerika zeigen, können echte Demokratien und ihre Rechtsgrundlagen nur aus einem unumkehrbaren Bruch mit dem Faschismus erwachsen, aus der Verurteilung seiner Verbrechen, der Wiederherstellung von Gerechtigkeit gegenüber den Opfern, der Bestrafung der Henker und gedungenen Mörder, der Annahme einer wirklich legitimen Verfassung durch frei gewählte Vertreter des Volkes.

Doch spricht die historische Erfahrung auch noch von etwas Anderem. Für die demokratische Lösung von Verfassungsfragen und insbesondere für die wirkliche Selbstbestimmung der Nationen ist eine Revolution erforderlich oder zumindest eine „Linkswende“. Beides erfordert die führende Rolle einer Klasse, die wirklich an einer konsequenten Demokratie interessiert ist, und zwar die des bewussten und organisierten Proletariats. Diese Bedingungen gibt es derzeit in Europa und insbesondere in Spanien nicht. In vielen Jahrzehnten verbandelte sich die Arbeiterbewegung mit den in langen Kämpfen errungenen sozialen Institutionen des bürgerlichen Staates und vergaß jene Zeiten, als sie noch selbst die Macht erringen wollte. Wenn nun diese Institutionen unter die Räder des transnationalen Kapitals gelangen, spaltet sich die „Klasse an sich“ auf in diejenigen, die sie ohne sonderlichen Erfolg zu verteidigen versuchen, und in diejenigen, die sich ein Plätzchen in der „neuen Ordnung“ zu erhaschen hoffen. Dabei befürchten diese wie jene im Verlaufe der neoliberalen „Reformen“ sogar nicht einmal so sehr den Verlust von Einkommen oder sozialen Rechten, als die Verlagerung der transnationalen Kapitale aus dem

Land mit dem damit einhergehenden Verlust von Arbeitsplätzen. Anders als durch die Massenfurcht vor jeglicher Instabilität, die Investoren abschrecken könnte, lässt sich das Stimmverhalten in den Arbeiterbezirken zugunsten der offenen Rechten nicht erklären – als ob die beschworene „Stabilität“ nicht genau durch diese zerstört werden würde.

In der gegenwärtigen Krise des spanischen Postfrancismus ist von einer selbständigen Rolle der Arbeiterbewegung ebenfalls nichts zu sehen. Es ist typisch, dass der Generalstreik nur in Katalonien ausgerufen wurde, und nur nach Aufruf der bürgerlich-nationalistischen Regierung. Die Linken standen vor einer schwierigen Wahl. Die radikalste Organisation der katalanischen Werktätigen – die Kandidaten der Volkseinheit (CUP) – unterstützte aktiv das Referendum und die Forderung nach Unabhängigkeit. Die Koalition PODEMOS und die Vereinigten Linken (die Nachfolger der früheren Kommunistischen Partei Spaniens) trat für die Achtung der demokratischen Rechte der Katalanen ein, befürchtete aber, dass sich der Versuch der Loslösung bei beliebigem Ausgang nachteilig für die Werktätigen auswirken würde. Eine ernsthafte Initiative stellte der Aufruf von Anna Colau dar, der linken Bürgermeisterin von Barcelona, die den unverzüglichen Rücktritt des Kabinetts Rajoy forderte und zu Verhandlungen zwischen Zentral- und Regionalparlament aufrief. Aber auch diese gemäßigte Position konnte bisher keine breite Unterstützung finden. Es wächst die Gefahr der weiteren Schwächung der Linkskräfte, ihrer Auflösung in den sich gegenüberstehenden nationalistischen Lagern.

So oder anders nähert sich die Postfranco-Periode der spanischen Geschichte ihrem Ende. Davon, wer sie ablösen wird – eine antifaschistische demokratische föderative Republik, die das Recht der Nationen auf Selbstbestimmung berücksichtigt, oder ein neuer Typ der Diktatur des transnationalen Kapitals – hängt die nähere Zukunft der Völker nicht nur Spaniens, sondern in vielerlei Hinsicht auch ganz Europas und der Welt ab.

(Übersetzung: Gudrun Havemann)